

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Frau Kolmer von der Presse,
sehr geehrte Gäste,

wenn wir von der FDP uns den Haushaltsentwurf anschauen, dann haben wir sehr gemischte Gefühle. Zum einen ist da das nicht unerhebliche Defizit, welches der Planansatz für das Jahr 2023 vorsieht. Ein Defizit, das wir in der Höhe so in den letzten Jahren nicht kannten. Und das ist etwas, was wir durchaus mit Sorge betrachten. Man darf jedoch bei aller Sorge nicht in Angst und reflektorisch in einen Sparwahn verfallen, sondern wir sollten trotz des zu erwartenden Defizits, mutig und aufgeschlossen, notwendige und sinnvolle Projekte angehen und nicht auf die lange Bank schieben. Am Ende wird uns die Verzögerung nur Geld kosten.

Was gibt uns also trotz des hohen Defizits Zuversicht? Da sind gleich mehrere Dinge zu nennen.

1. Der mit einer schwarzen Null geplante Haushaltsentwurf des letzten Jahres wird voraussichtlich besser abgeschlossen werden, man darf hier von einem Überschuss ausgehen
2. Das Defizit des Jahres 2023 wird durch verschiedenen Effekte (Kreisumlage, Jugendamtsumlage etc.) um ca. 300-400 Tsd.€ niedriger ausfallen
3. Die generell sehr vorsichtige Planung unseres Kämmers: Am Ende dürfen wir von einem deutlich geringeren Defizit ausgehen.

Gerade den letztgenannten Punkt möchte ich ein bisschen näher beleuchten, um an dieser wichtigen Stelle nicht missverstanden zu werden. Wir schätzen durchaus eine zurückhaltende Prognose und freuen uns am Ende wie alle hier über bessere Ergebnisse, aber eine zu zurückhaltende Prognose bedeutet auch immer, dass man sich als Politiker unwohl fühlt, haushaltsbelastende Anträge zu stellen. Die folgenden Zahlen sollen verdeutlichen, warum wir von der FDP dennoch haushaltsbelastende Anträge stellen und auch Spielraum für zukünftige Projekte sehen:

In den letzten sechs Jahren haben wir in Summe statt einem geplanten Defizit von -1 Mill € einen Überschuss von 1,7 + X Mill. € in den Büchern stehen. Deswegen begrüßen wir es auch außerordentlich und finden es richtig, dass die Hebesätze in unserer Gemeinde weiterhin unangetastet bleiben und somit Steuererhöhungen für unsere Bürgerinnen und

Bürger vermieden werden. Denn es wäre wohl auch schwer vermittelbar, bei den dargestellten überplanmäßigen Ergebnissen dem Bürger in die Tasche zu greifen.

Aber nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger ist dies ein wichtiges Signal, ebenso wichtig ist dieses Signal an die Gewerbetreibende. Denn nicht nur, dass die Sätze nicht angehoben werden, sondern auch die schon lange Konstanz der Sätze ist ein wichtiges Signal an die Gewerbetreibenden, denn sie benötigen Planungssicherheit und einen verlässlichen Partner. Dieser verlässliche Partner müssen wir als Gemeinde sein, denn nur so wird es uns gelingen, auch in Zukunft die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Gewerbe sich in Hopsten ansiedelt und vorhandenes Gewerbe im Ort bleibt. Aus unserer Sicht sind hier manchmal die Entscheidungswege zu lang und wir würden uns gerade aus Sicht der Politik eine frühere und umfassendere Information seitens der Verwaltung wünschen. Natürlich wissen wir auch um die häufig diffizilen Angelegenheiten und verstehen auch den Wunsch der Gewerbetreibenden nach Diskretion. Jedoch darf dies nicht dazu führen, dass wir als Politik von Anfragen und Vorhaben der Gewerbetreibenden am Ende aus der Bevölkerung erfahren. Hier sind Politik und Verwaltung gefordert, einen Weg der vertraulichen Kommunikation zu etablieren.

Generell sind wir der Meinung, dass der regelmäßige Austausch zwischen Verwaltung, Politik und Gewerbe dringend weiter intensiviert werden muss. Vielleicht hilft hier ja auch die zukünftige Ortsmarketingstelle weiter.

Nach diesen einleitenden Worten möchte ich auf vier Bereiche genauer eingehen, die uns ganz besonders wichtig sind.

Zuerst der von allen in den Interviews der IVZ angesprochenen Umsetzungstau. Es ist müßig darüber zu reden, was hätte man besser machen können. In vielen Fälle hat uns die Welle der Realität einfach überrollt. Wir sollten den Blick nach vorne richten, jedoch nicht ohne aus den gemachten Fehlern zu lernen. Daher sollten wir folgende drei Dinge in Zukunft beherzigen:

1. Absehbare Planungen müssen so frühzeitig wie möglich angefangen werden, denn am Ende kommen noch genug Unwägbarkeiten dazu, auf die wir als Gemeinde eh keinen Einfluss haben. Als Beispiel sei hier das Feuerwehrgerätehaus Halverde angeführt: hier wären wir gerne eher in die Planungen eingestiegen, ein früherer Baubeginn hätte eine Menge Geld bei den Baukosten und auch bei evtl. notwendigen Kreditzinsen gespart. Deswegen wünschen wir uns auch eine

möglichst schnellen Einstieg in die Planungen des Feuerwehrgerätehauses Schale. Warum nutzt man hier nicht Synergieeffekte einer parallelen Planung und Ausschreibung? Hier bleibt unserer Meinung nach viel Potential auf der Strecke und es wäre zudem auch ein wichtiges Signal an die Kameradinnen und Kameraden, wenn wir endlich loslegen würden.

2. Rechtzeitiges Erkennen von Umsetzungsrückständen, und vor allem zügiges Reagieren darauf, indem entweder mehr Personalkapazitäten geschaffen werden oder aber externe Büros hinzugezogen werden. Wir begrüßen daher ausdrücklich die Schaffung neuer Stellen, damit wir endlich wieder vor die Welle kommen.
3. Wir müssen uns schon heute mehr Gedanken um die langfristige Entwicklung unserer Gemeinde machen und ein klareres Flächenmonitoring betreiben, damit wir zukünftig rechtzeitig einen Mangel an Gewerbe- und Wohnbauflächen erkennen. Es darf einfach nicht vorkommen, dass wir Gewerbetreibenden keine adäquaten Flächen anbieten können. Auch bauwilligen Bürgern sollten wir immer ein Grundstück anbieten können. Nur so halten wir unsere Gemeinde attraktiv.

Als zweites möchte ich auf den Stelleplan unserer Gemeinde zu sprechen kommen. Der Plan sieht endlich diverse neue Stellen vor. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Gerade der zuvor angesprochene Umsetzungsstau zeigt, wie dringend notwendig dies ist. Alles andere wäre gegenüber unseren Mitarbeiter*innen in der Verwaltung auch nicht fair. Wir können uns nicht einerseits über die mangelnde Abarbeitung der Vorhaben beschweren und andererseits das dafür notwendige Personal verhindern. Daher freuen wir uns, dass dieses Jahr konsequent auf die Umsetzungsprobleme reagiert wird und wir uns personell vernünftig aufstellen.

Ganz besonders hat uns aber gefreut, dass die Verwaltung im Herbst nun doch eine Ortsmarketingstelle ausgeschrieben hat. 2018 haben wir erstmals die Schaffung einer solchen Stelle beantragt und haben den Antrag immer, und immer wieder gestellt. Obwohl wir mit all unseren Anträgen immer wieder gescheitert sind, ist die Stelle nun doch ausgeschrieben worden. Das hat uns zwar einerseits sehr überrascht, denn es gab ja eigentlich eine konträre Beschlusslage, andererseits überwiegt bei uns natürlich die immense Freude und Erleichterung, dass nach so vielen Jahren endlich die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit einer solchen Stelle anerkannt wurde.

Wir werden daher dieses Jahr dem Stellenplan zustimmen, da wir überzeugt sind, dass er richtig ist und wir dadurch für die Zukunft gut aufgestellt sind, sofern es uns am Ende denn auch gelingt, alle Stellen zu besetzen.

Als dritten großen Punkt möchte ich auf die Betreuungssituation an unseren Grundschulen zu sprechen kommen. Wir sind der Meinung, dass in einer Welt, in der die Arbeitswelt ein Maximum an Flexibilität verlangt wir auch bei den Betreuungsangeboten maximal flexibel sein müssen. Genau deswegen haben wir vor Jahren den Antrag auf die Erweiterung der Sommerferienbetreuung an unserer Schule gestellt und sind sehr froh, dass wir nach inhaltlich intensiven Diskussionen damals eine überparteiliche Lösung gefunden haben. Diese gilt bis heute und sollte auch nicht angerührt werden, sie ist für viele Familien sehr, sehr wichtig und wertet unseren Schulstandort stark auf.

Ein Punkt der inhaltlichen Diskussion, der damals von einer Kollegin der CDU vorgetragen wurde, ist die Sorge gewesen, dass bei 5 Wochen die Gefahr besteht, dass am Ende die Ferienbetreuung zu einer reinen Verwahrstelle zweckentfremdet wird. Wir haben uns daher richtigerweise darauf verständigt, dass die Regelbetreuungszeit in den Sommerferien drei Wochen nicht überschreiten sollte, die Eltern jedoch die Wochen flexibel auswählen können. Genau deswegen möchte ich an dieser Stelle vor zukünftigen Entwicklungen eindringlich warnen, die sich in unseren Nachbarkommunen und teilweise auch schon bei uns andeuten. In Recke versuchte man die Kürzung der Übermittagsbetreuung beschönigend als Werben für die OGS darzustellen, was einfach nur frech ist. Der Hintergrund ist offensichtlich: die Zuschüsse zur OGS sind deutlich höher als die zu Betreuten Schulzeit, und aus rein buchhalterischer Sicht ist es natürlich wünschenswert möglichst viele Kinder in die OGS zu zwingen, anstatt den Eltern zwei gleichwertige Betreuungsformern anzubieten. Auch in Hopsten gibt es diese Tendenzen. Ich erinnere mich gut daran, wie bei der inhaltlichen Diskussion um die Abschaffung der Hausaufgabenbetreuung für die Klassen 3 & 4 in der Betreuten Schulzeit die Aussage fiel, dass die Kinder ja in die OGS können, da gäbe es ja eine Hausaufgabenbetreuung. Was dabei aber total vergessen wird ist eben das starre Korsett der OGS Zeiten. Dadurch müssen die Kinder dann sehr viel mehr Zeit in der Schule verbringen, als erforderlich. Genau das also, was wenn wir uns an die Diskussion um die Ferienbetreuung erinnern, überparteilich nicht gewollt war.

Die Betreuungsform der OGS ist eben nicht für alle Familien die Richtige und wir von der FDP werden alles in unser Macht stehende dafür tun, das es in Hopsten dauerhaft zwei vernünftige und gleichwertige Betreuungsformen für die Grundschul Kinder gibt. Wir werden uns mit aller Kraft dagegenstemmen, das solche Gedankenspiel wie in Recke hier in Hopsten überhaupt aufkommen. Denn wie schon damals die Kollegin der CDU ja richtig angemerkt hat: Schule kann und darf keine reine Verwahrstelle werden und wenn es Eltern gibt, die die Betreuung der Kinder ab 14:00 oder an einzelnen Tagen komplett

bewerkstelligen können, dann sollten wir das begrüßen und diese Familien in Ihrer Form der Kinderbetreuung unterstützen, anstatt Sie in Richtung der OGS abzudrängen.

Gerade nach den massiven Einschränkungen der letzten Jahre und den immensen Belastungen der aktuellen Zeit müssen wir unsere Familien, die Zukunft unserer Gemeinde, an allen Stellen unterstützen und nicht weiter belasten. In diesem Zusammenhang muss ich auch nochmals unser Unverständnis über die Erhöhung der Elterngebühren zum Ausdruck bringen. Gerade mit den immensen Überschüssen aus den letzten Jahren, die ich eingangs meiner Rede erwähnte, hätte man gerade in dieser herausfordernden Zeit hier einfach mal ein positives Signal an die gebeutelten Familien senden können.

Im Zusammenhang mit dem Thema Familien möchte ich aber auch noch kurz auf das Thema Jugendbeteiligung eingehen. Wir haben vor mehr als einem Jahr den Antrag gestellt, die Möglichkeiten der Jugendbeteiligung in unserer Gemeinde in einem Arbeitskreis zu erarbeiten. Leider konnten wir uns mit unserem Antrag nicht durchsetzen und es wurde in Aussicht gestellt, sich mit dem Thema im Jugend- Schul- und Kulturausschuss zu beschäftigen. Bis heute, ist auf dem Gebiet leider nichts passiert, wir sind nichts weitergekommen. Und genau deshalb wollten wir einen Arbeitskreis für diese wichtige Thema, da es eben einfach nicht funktioniert, so etwas in einem Ausschuss nebenher zu bearbeiten. Gut in Erinnerung geblieben ist mir der Ausspruch eines Ausschussmitgliedes, der darauf verwiesen hat, dass keine Jugendlichen anwesend sind und es doch jedem frei stünde die entsprechende Sitzungen zu besuchen. Getreu dem Motto: Wenn in den Sitzungen keine Jugendlichen als Zuhörer anwesend sind, dann unterstellt man ihnen einfach direkt mangelndes Interesse. Genau das zeigt die in unseren Augen völlig falsche Herangehensweise bei diesem so wichtigen Thema: die Jugendlichen sind hier definitiv nicht in einer Holschuld, sondern wir als Politik sind diejenigen, die hier eine Bringschuld gegenüber den Jugendlichen haben. Wir sollten uns endlich damit auseinandersetzen, welche Angebote der Beteiligung wir machen können, anstatt von Jugendlichen zu erwarten, dass sie ja erstmal in die Sitzungen kommen sollen, um unseren ach so weisen Worten zuzuhören. Im Gegenteil: wir sollten mal den Jugendlichen zuhören, da können wir noch einiges lernen.

Als viertes möchte ich kurz auf unsere beiden Anträge eingehen, die wir zu den Haushaltsberatungen gestellt haben:

1. Die barrierefreie Sanierung des Weges rund um das Wildgehege werden wir vereinbarungsgemäß im Bauausschuss besprechen. Hier sind wir zuversichtlich, dass wir gemeinsam eine gute Lösung für unsere Bürgerinnen und Bürger finden werden.
2. Bei unserem zweiten Antrag zur Beratung rund um das Thema Baumschutzsatzung bin ich weit weniger optimistisch. Warum? Weil hier entweder ein Missverständnis vorliegt oder aber manch einer den Antrag in der Eile der Sitzungsvorbereitungen nicht gelesen hat. Daher möchte ich an dieser Stelle nochmals aus unserem Antrag einen Absatz vorlesen: „Eine Baumschutzsatzung **kann** ein möglicher Weg sein, zukünftig derartige Kahlschläge zu verhindern, jedoch gibt es hierbei viele Vor- und Nachteile gegeneinander abzuwägen. Deswegen und auf Grund der Tragweite einer solchen Satzung halten wir es für geboten, die notwendige Fach- und Sachkunde durch ein externes und unabhängiges Büro vortragen und erläutern zu lassen. Am Ende des Beratungsprozesses **kann** bei überwiegend zu erwartenden Vorteilen dann die Erarbeitung einer für unsere Gemeinde passenden Satzung stehen.“
Wenn ich das so nochmals lese, dann kann ich nicht verstehen, wieso manch einer uns unterstellt, dass wir eine Baumsatzungsatzung wollen. Im Gegenteil, wir wollen eine ergebnisoffene Diskussion und sind uns selber aktuell keinesfalls sicher, ob wir bei Betrachtung aller Vor- und Nachteile eine solche Satzung am Ende wollen. Ich bin daher sehr froh, dass wir dieses wichtige Thema im SSN beraten werden und bin auf die inhaltliche Diskussion gespannt. Das Argument, das alleine schon das in Erwägung ziehen einer solchen Satzung zum totalen Kahlschlag führt, ist so wenig neu wie hilfreich. Es unterdrückt lediglich die notwendige inhaltliche und ergebnisoffene Diskussion und wird einer demokratischen Auseinandersetzung mit diesem diffizilen Thema keineswegs gerecht. Wir werden uns jedenfalls von solchen Argumenten weder jetzt noch in Zukunft davon abhalten lassen, unpopuläre dafür aber umso wichtigere Themen anzusprechen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns bei Bürgermeister Ludger Kleine-Harmeyer, Kämmerer Bernward Rutmöller und dem 1. Allg. Vertreter Markus Raschke für die Unterstützung und die Erläuterungen bei den Haushaltsberatungen.

Unser Dank gilt auch der Presse für die ausgewogene Berichterstattung.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushaltentwurf für das Jahr 2023 zu, dem Stellenplan der Gemeinde Hopsten für das Jahr 2023 stimmen wir ebenfalls zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Andreas Reerink
Fraktionsvorsitzende